



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Direktion für Arbeit

Wirtschaftliche Perspektiven der Schweiz in einem zusammenwachsenden Europa

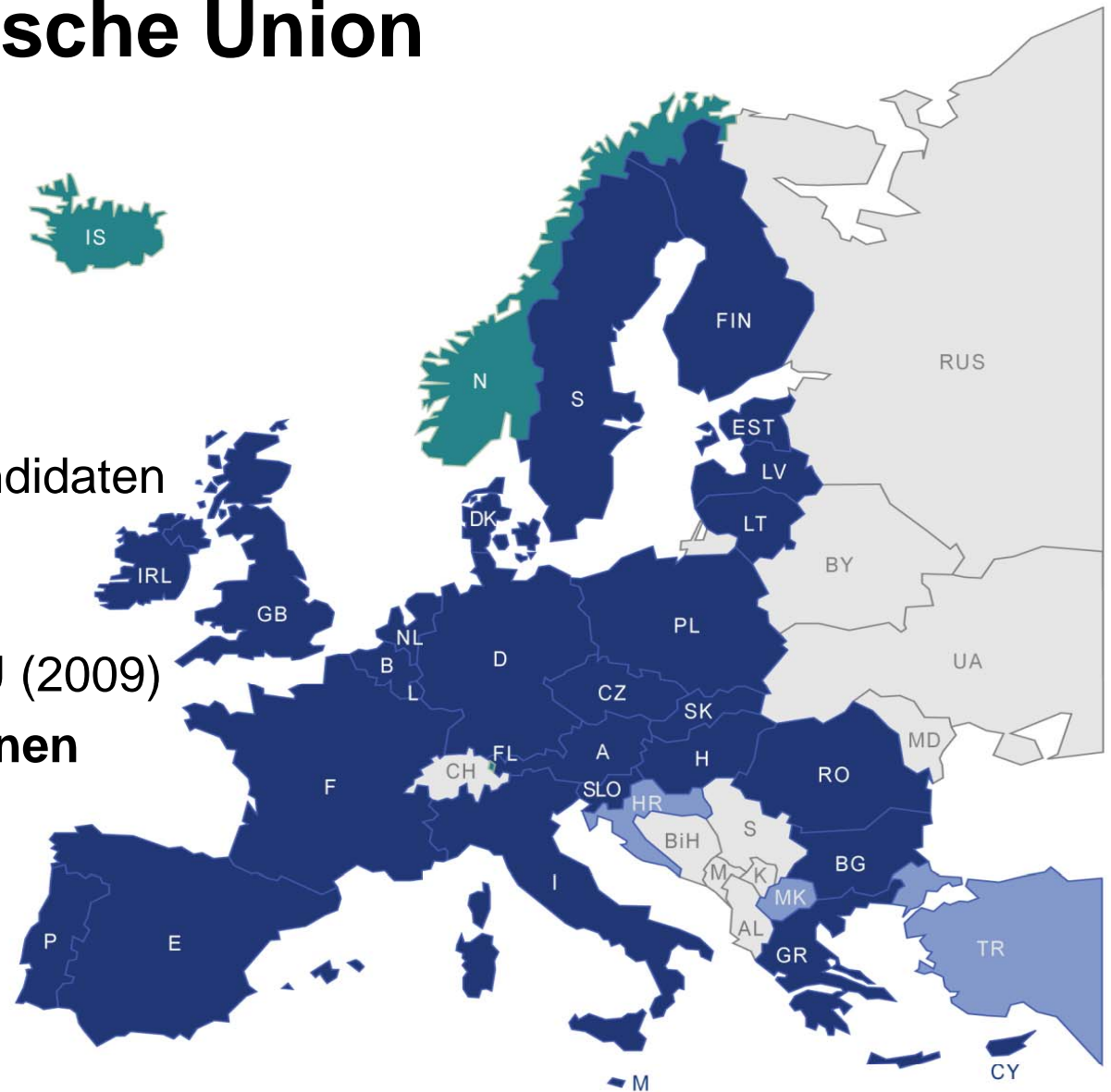
Volkshochschule im Knonauer Amt – 10. März 2010
Dr. Serge Gaillard, Leiter der Direktion für Arbeit



Die Europäische Union

-  EU-27
-  EWR
-  Beitrittskandidaten

Bevölkerung der EU (2009)
500 Mio. Bürger/Innen



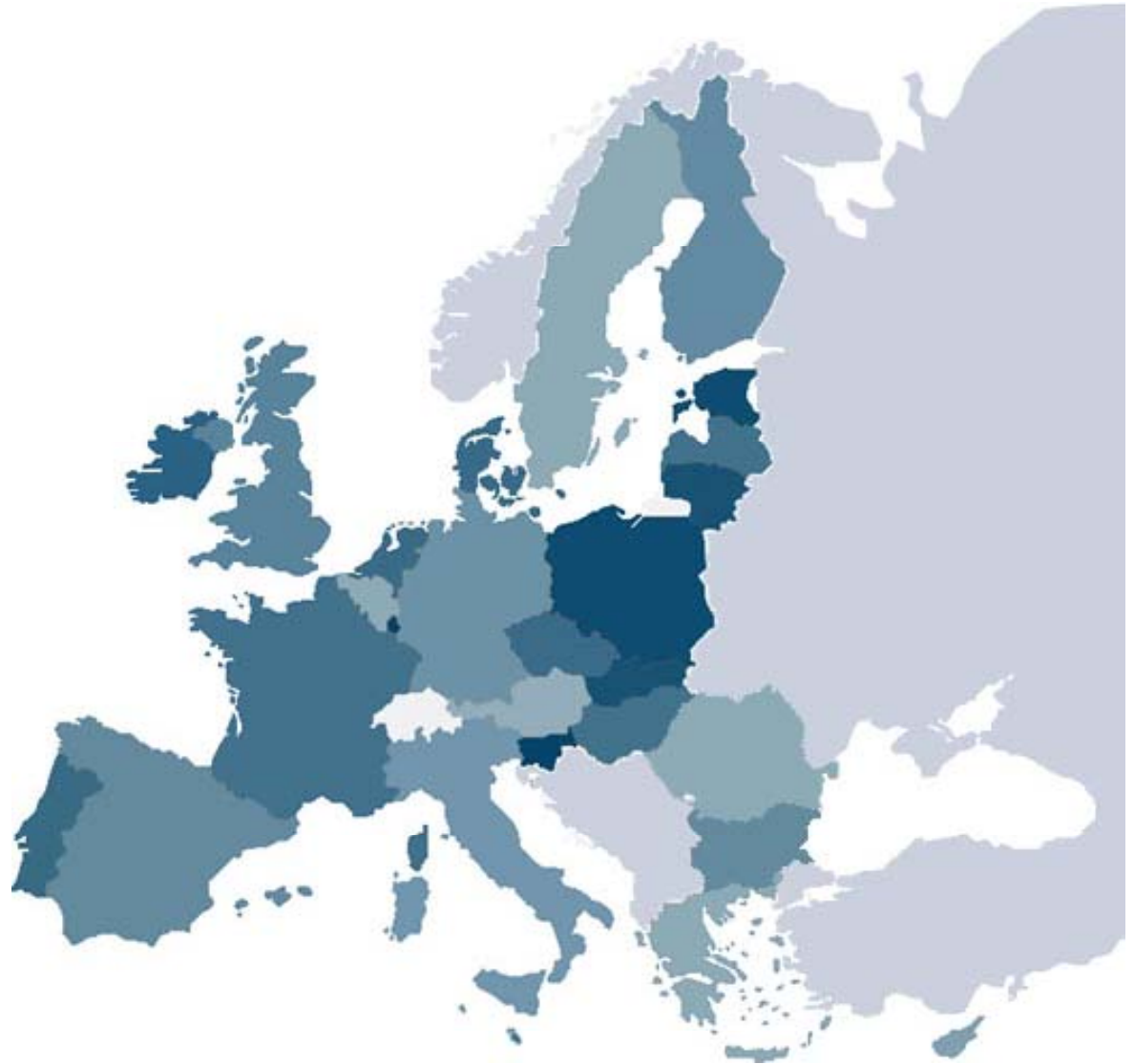
Die Schweiz in einem zusammenwachsenden Europa

EVD/SECO/DA - Serge Gaillard



Die Europäische Union

**Die EU
27 Nationalstaaten**



Die Schweiz in einem zusammenwachsenden Europa

EVD/SECO/DA - Serge Gaillard



Inhalt

- Der europäische Integrationsprozess und die Beteiligung der Schweiz
- Folgen der wirtschaftlichen Integration (1):
Die Schweiz im europäischen Standortwettbewerb
- Folgen der wirtschaftlichen Integration (2):
Die Personenfreizügigkeit
- Folgen der Wirtschaftlichen Integration (3):
Die Währungsunion und die schweizerische Konjunkturpolitik
- Folgerungen für die schweizerische Wirtschaftspolitik



Der europäische Integrationsprozess

- Die Schaffung eines Binnenmarktes für Güter, Dienstleistungen und Kapital
- Die Einführung der Personenfreizügigkeit und die damit verbundene grössere Dienstleistungsfreiheit
- Die Schaffung einer Währungsunion mit einheitlicher Währung (EURO)
- Sukzessive und nach dem Fall der Mauer 1989 beschleunigte Ausweitung der Union auf neue Mitgliedsländer. Infolge der Erweiterung werden die Entscheidungsmechanismen innerhalb der Union überdacht.



Die Verträge

1951	EGKS Vertrag	Gemeinsamer Markt für die kriegswichtigen Kohle und Stahlindustrien
1957	EWG Vertrag	Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; Binnenmarkt auf der Basis der 4 Freiheiten (Waren, Personen, Dienstleistung und Kapitalverkehr)
1957	Euratom Vertrag	Zivile Nutzung nuklearer Energie
1986	Einheitliche Europäische Akte (EEA)	Vollendung des Binnenmarktes (Mehrheitsentscheidung)
1992	Vertrag von Maastricht	Gründung der Europäischen Union, Einheitswährung, Struktur der drei Pfeiler
1997	Vertrag von Amsterdam	Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen (qualifiziertes Mehr, Mitentscheidung Parlament)
2001	Vertrag von Nizza	Institutionelle Reform der EU im Hinblick auf die Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten
2004	Verfassungsvertrag (nicht in Kraft getreten)	Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa, Vereinfachung des Vertragswerks
2007	Vertrag von Lissabon	Reformvertrag mit institutionellen Neuerungen



Die ersten bilateralen Abkommen

1972 Das Freihandelsabkommen

Abschaffung von tarifären Handelshemmnissen
(Zölle, Kontingente) für Industrieprodukte

1989 Das Versicherungsabkommen

Gleiche Niederlassungsrechte für
Versicherungsgesellschaften
(Lebensversicherungen ausgenommen)

1990 Das Güterverkehrsabkommen

Regelung der Kontrollen und Formalitäten
im Güterverkehr (Zollabfertigung)

Bedeutung

Gegenseitiger Marktzugang



Die Bilateralen I (1999)

1. Personenfreizügigkeit
2. Technische Handelshemmnisse
3. Öffentliches Beschaffungswesen
4. Landverkehr
5. Luftverkehr
6. Landwirtschaft
7. Forschung

Bedeutung

Erleichterter Zugang zu
den **Arbeits-, Waren- und
Dienstleistungsmärkten**



Die Bilateralen II (2004)

1. Schengen / Dublin
2. Zinsbesteuerung
3. Betrugsbekämpfung
4. Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte
5. Umwelt
6. Statistik
7. MEDIA-Programm
8. Bildung, Berufsbildung, Jugend
9. Ruhegehälter

Bedeutung

- Politische Zusammenarbeit in weiteren Bereichen
- Verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen



Und es geht weiter

Agrar- und Lebensmittelbereich

Liberalisierung der Landwirtschaft, Aufhebung der Handelshemmnisse:
langfristige Perspektive für die Landwirtschaft, Preissenkungen für Konsumenten, Wirtschaftswachstum

Öffentliche Gesundheit

Kampf gegen übertragbare Krankheiten, Produkt- und Lebensmittelsicherheit, allgemeine Gesundheitsbelange: ***mehr Effizienz dank, internationaler Zusammenarbeit***

Strom

Transitregeln und Harmonisierung der Sicherheitsstandards, Anerkennung der Zertifikate für grünen Strom, gegenseitiger Marktzugang: ***Versorgungssicherheit, Stromdrehscheibe Schweiz sichern***



Erweiterungsschritte der EU

1957 Gründerstaaten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande

1973 Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich

1981 Griechenland

1986 Portugal, Spanien

1995 Finnland, Österreich, Schweden

2004 Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

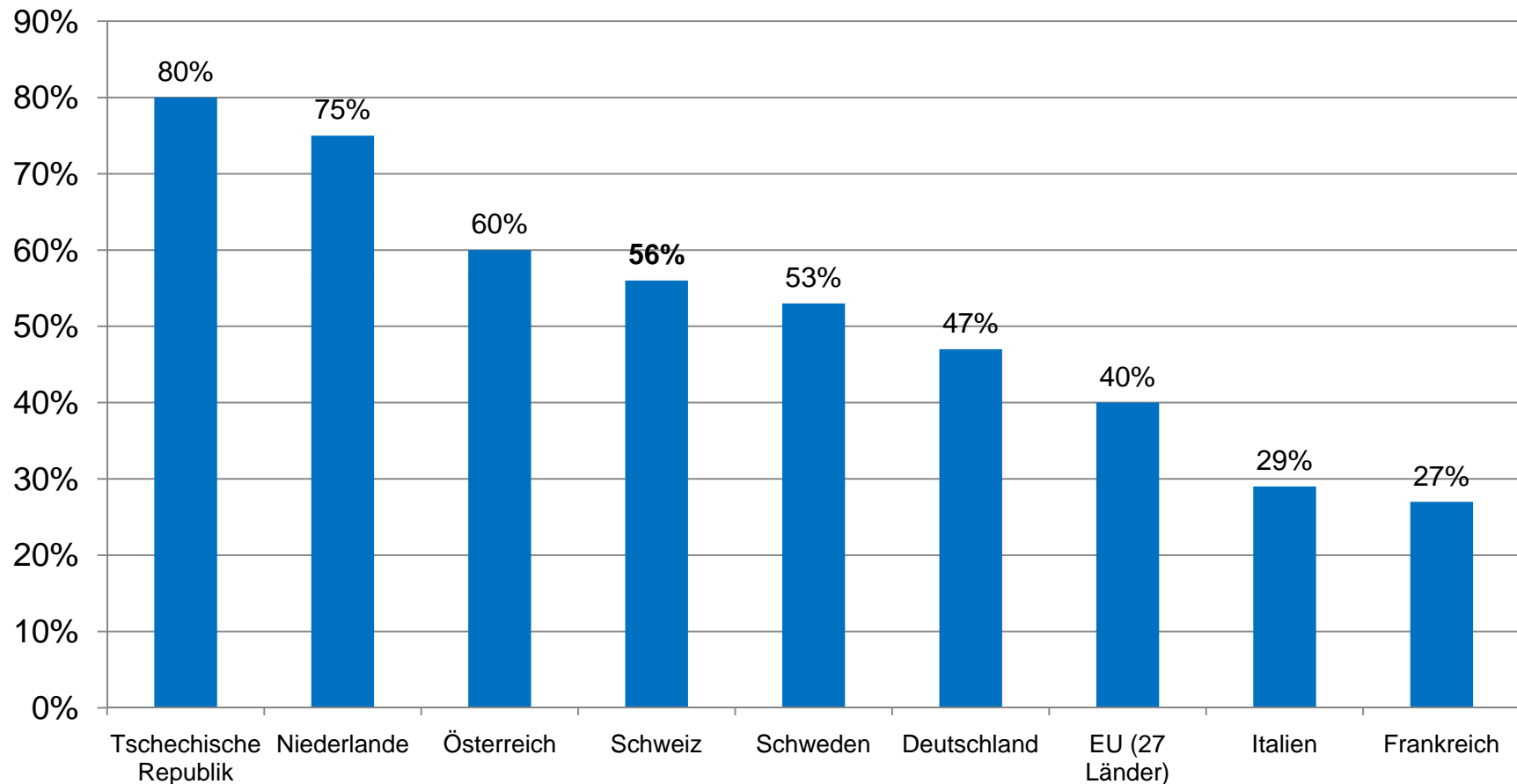
2007 Bulgarien, Rumänien

Beitrittsverhandlungen: Kroatien, Türkei



Wie stark ist die Schweiz integriert?

Öffnungsgrad der Volkswirtschaften in Prozent (2007)



Quelle: Eurostat (Berechnung: Exporte / BIP)

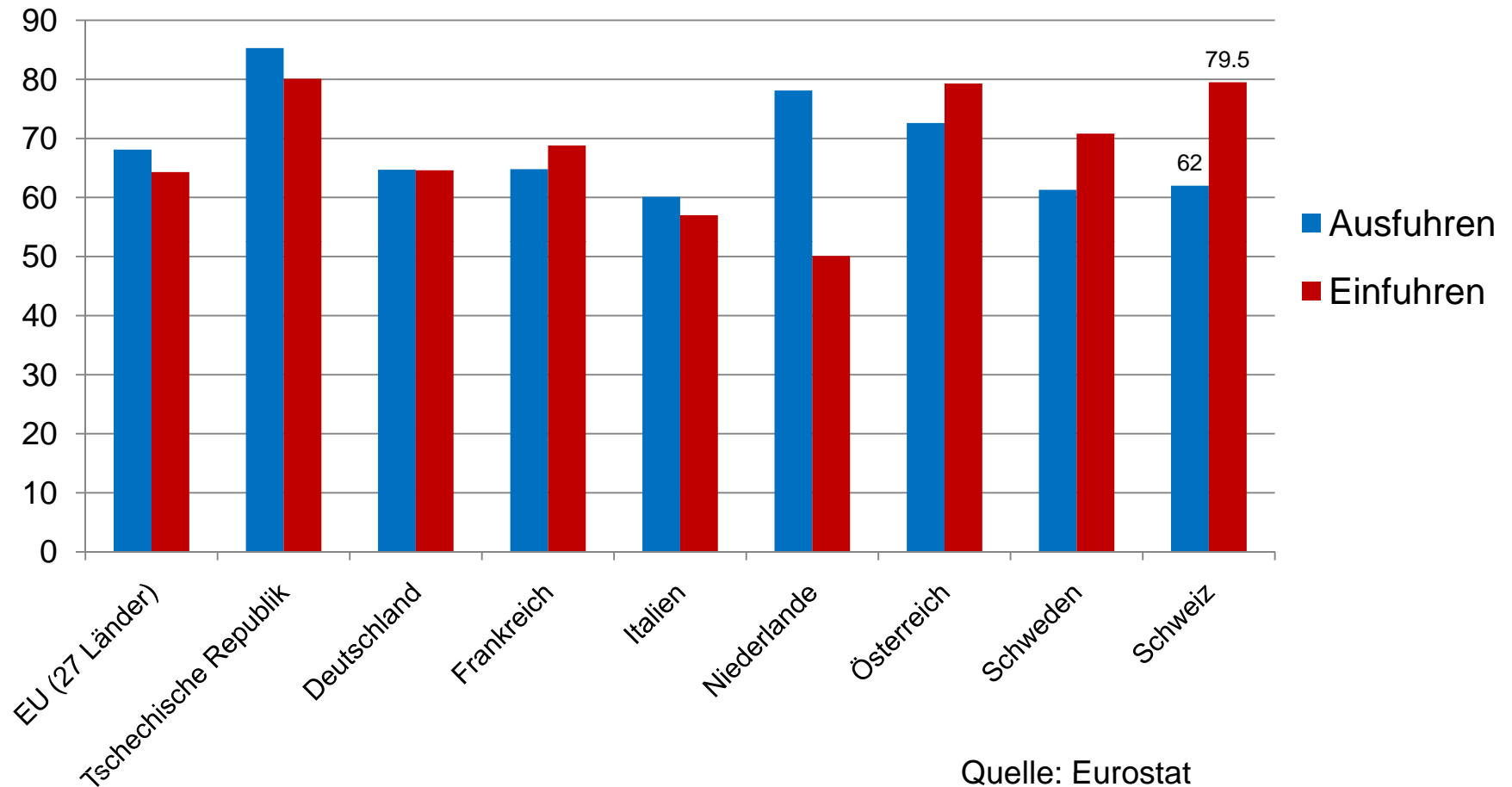
Die Schweiz in einem zusammenwachsenden Europa

EVD/SECO/DA - Serge Gaillard



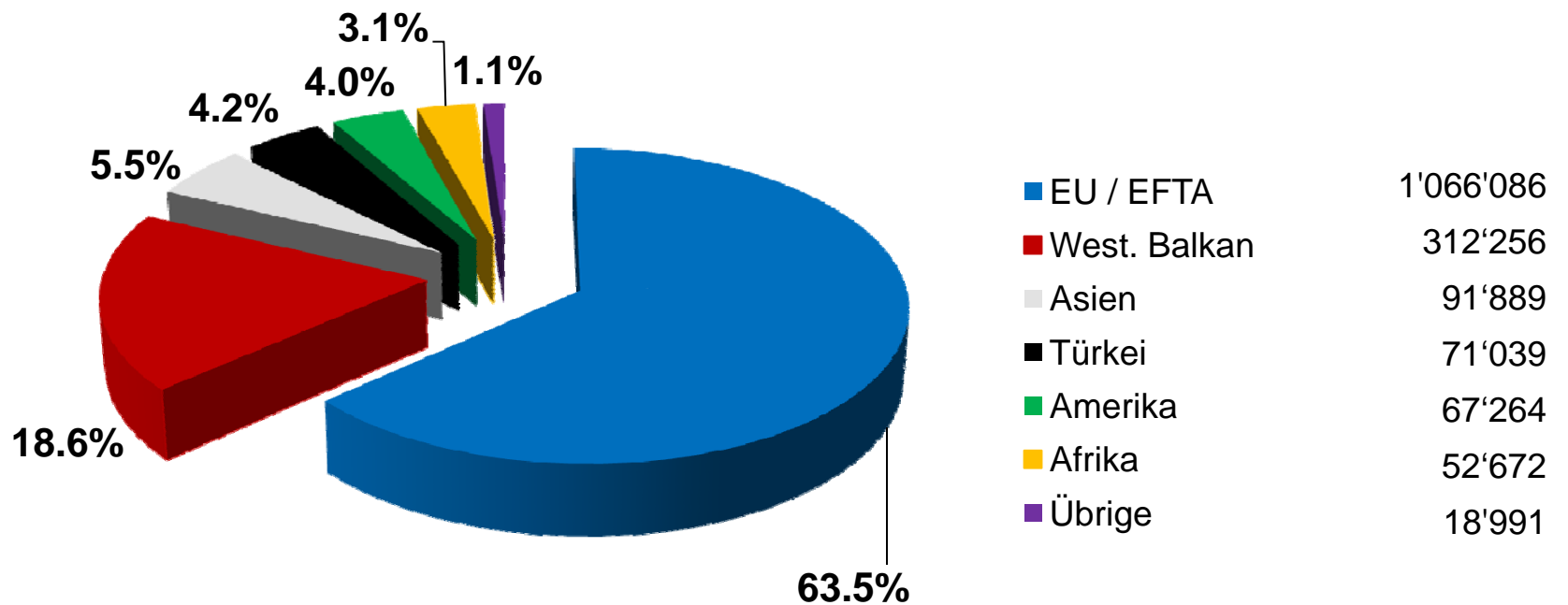
Wie stark ist die Schweiz integriert?

Anteil der Ausfuhren und Einfuhren in die EU in % (2007)





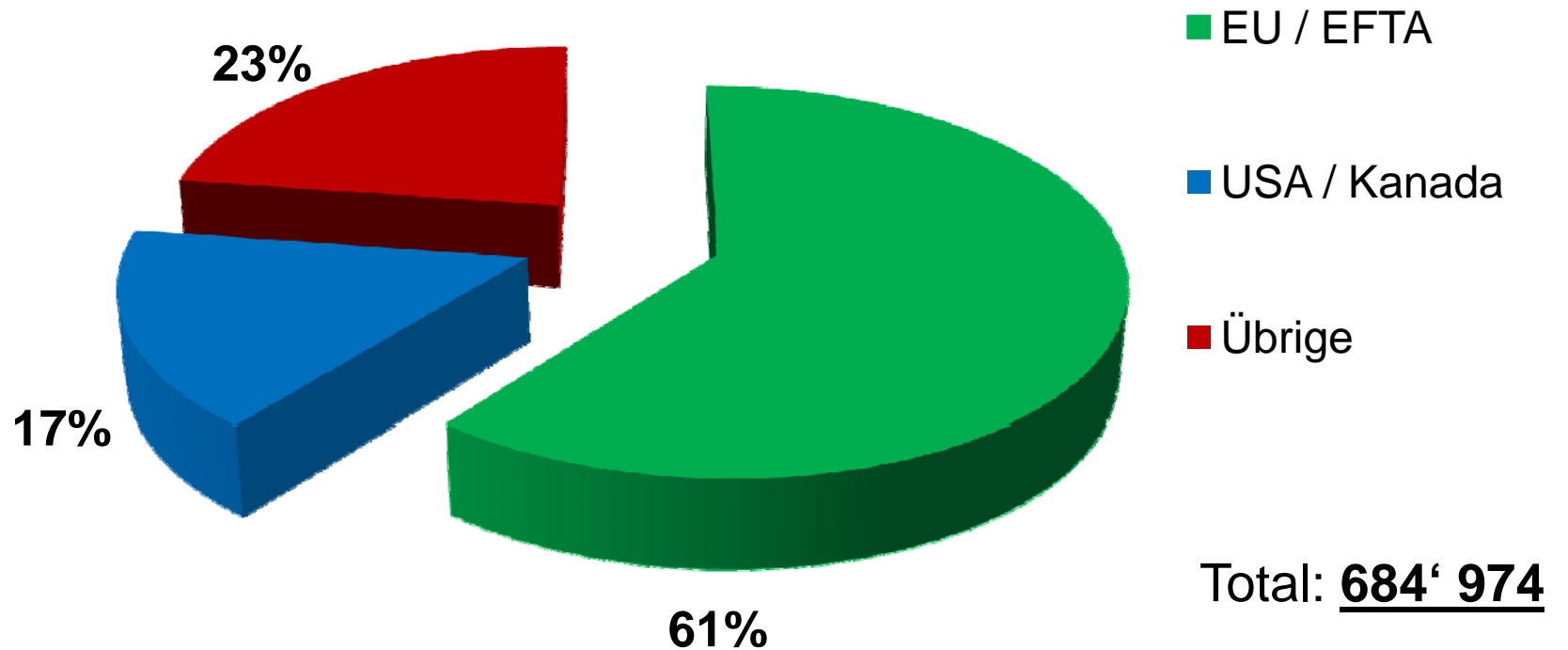
Ausländische Bevölkerung in der Schweiz (Dez. 2009)



Total: **1'680'197**



Schweizer/innen im Ausland (Dez. 2009)





Der Integrationsprozess und die wirtschaftlichen Folgen für die Schweiz

1. Einfacherer Zugang zum europäischen Binnenmarkt für Schweizer Unternehmen (noch einige Nachteile im Dienstleistungssektor)
2. Wettbewerbsdruck nimmt zu, verstärkter Standortwettbewerb innerhalb dieses Binnenmarktes
3. Neue Geschäftsmöglichkeiten (Spezialisierung) für Schweizer Unternehmen
4. Rahmenbedingungen für den Handel werden zunehmend in der EU festgelegt – Die Schweiz muss sich neuen Regelungen in der EU in der Regel anpassen



Standortwettbewerb: wo liegt die Schweiz?

Europe

Competitiveness	(IMD Ranking)	2008
1	Switzerland	89.66
2	Luxembourg	84.40
3	Denmark	83.85
4	Sweden	82.46
5	Netherlands	80.48
6	Norway	79.52
7	Ireland	77.64
8	Austria	75.03
9	Finland	75.03
10	Germany	74.74
11	United Kingdom	71.90
12	Estonia	69.65
13	Belgium	68.75
14	France	66.01
15	Czech Republic	62.25
16	Slovak Republic	59.36
17	Slovenia	57.90
18	Spain	57.51
19	Lithuania	56.23
20	Portugal	54.66

Quelle: IMD World Competitiveness Yearbook 1995-2008



Die Personenfreizügigkeit

Führte zu:

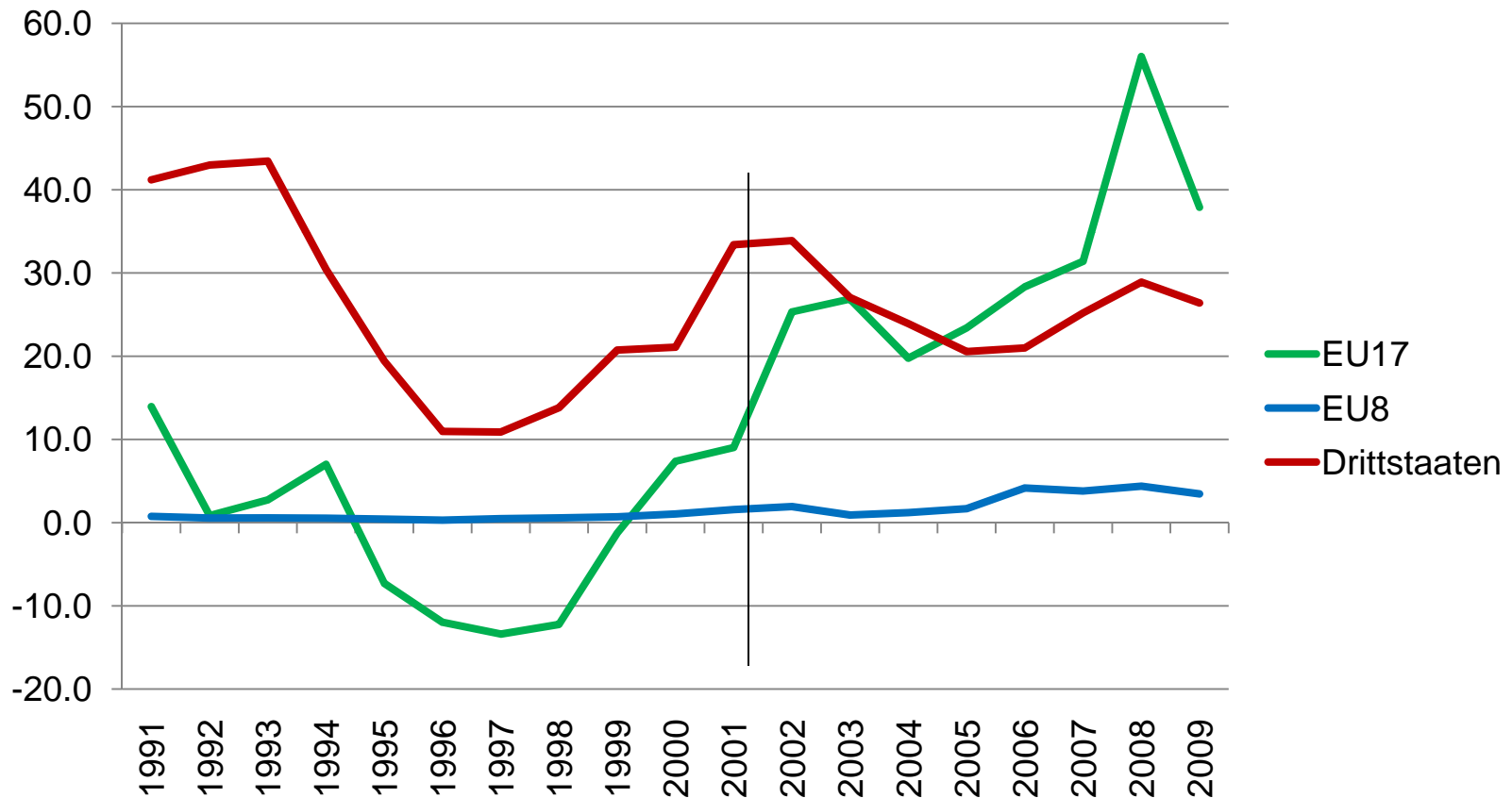
- einer starken Einwanderung, die in erster Linie durch die Konjunkturentwicklung bestimmt wurde,
- die Unternehmungen konnten genügend Fachkräfte rekrutieren, dies begünstigte den wirtschaftlichen Aufschwung.
- mehr Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, es fand aber zumindest bisher keine generelle Verdrängung statt,
- nur langsame Verringerung der Einwanderung in der Rezession
- kaum zu mehr Lohnungleichheit geführt, nicht zuletzt dank den flankierenden Massnahmen.

Fazit: Die Personenfreizügigkeit ist eine radikale, aber gewinnbringende Reform für die schweizerische Volkswirtschaft.



Entwicklung der Einwanderung

Wanderungssaldo ständige und nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung



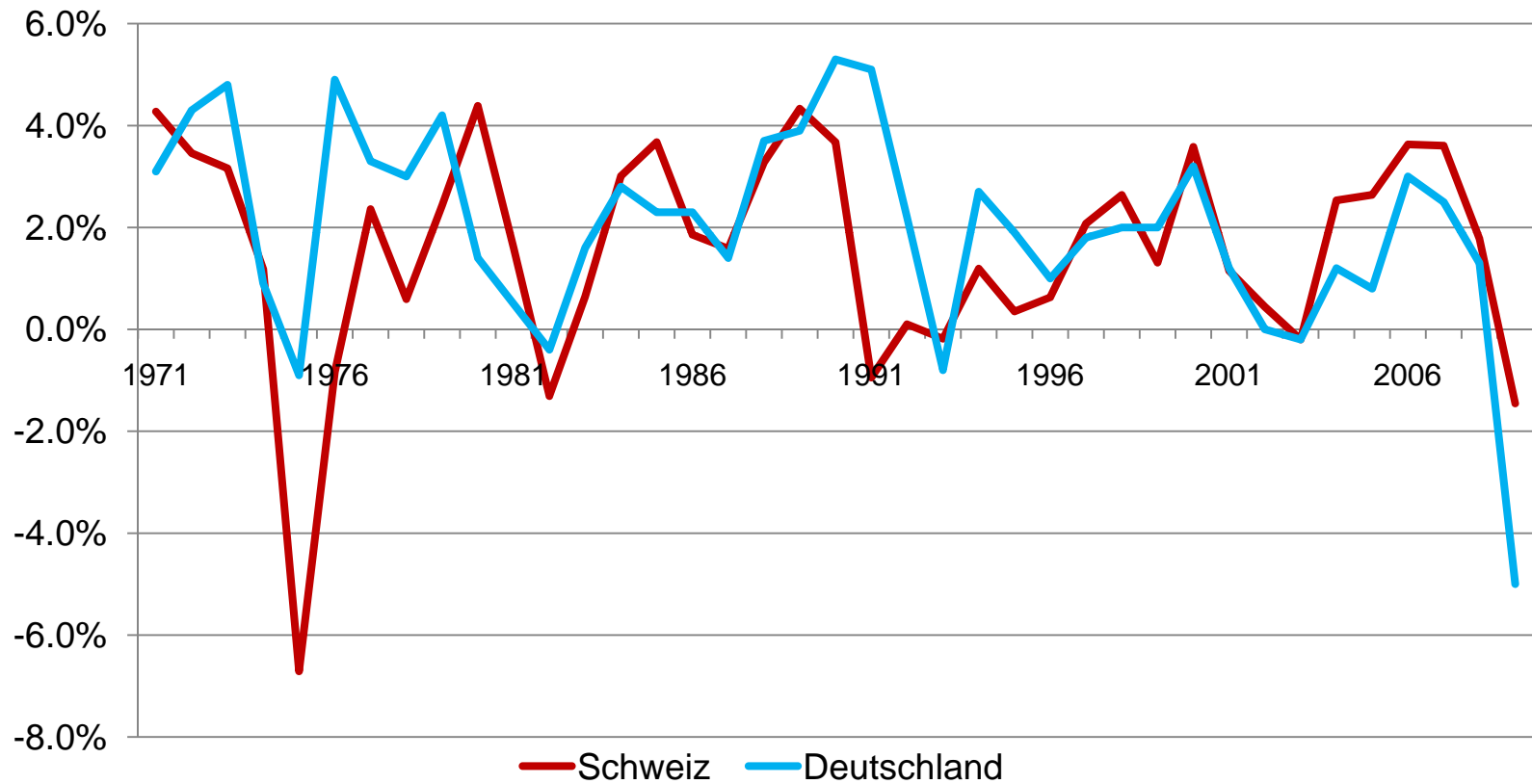


Die Währungsunion und die schweizerische Konjunkturpolitik



Wachstum meistens im Gleichschritt mit Deutschland (interessante Abweichungen)

Jährliche BIP Wachstumsraten (1971 - 2009)

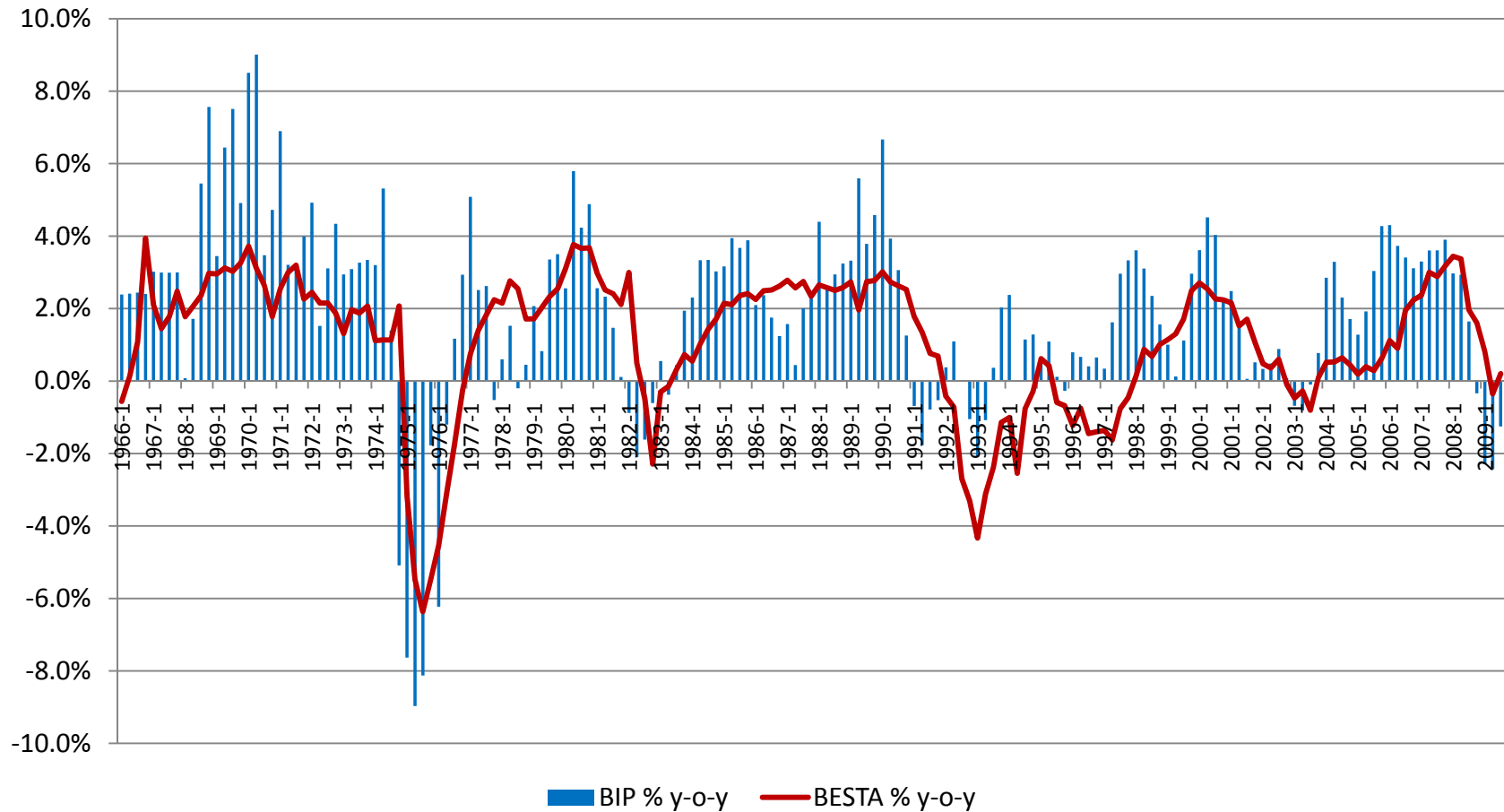


Quelle: OECD



Beschäftigung im Gleichschritt mit Wachstum

Wachstumsraten des BIP (real) und der Beschäftigung in der Schweiz (Vollzeit und Teilzeit)



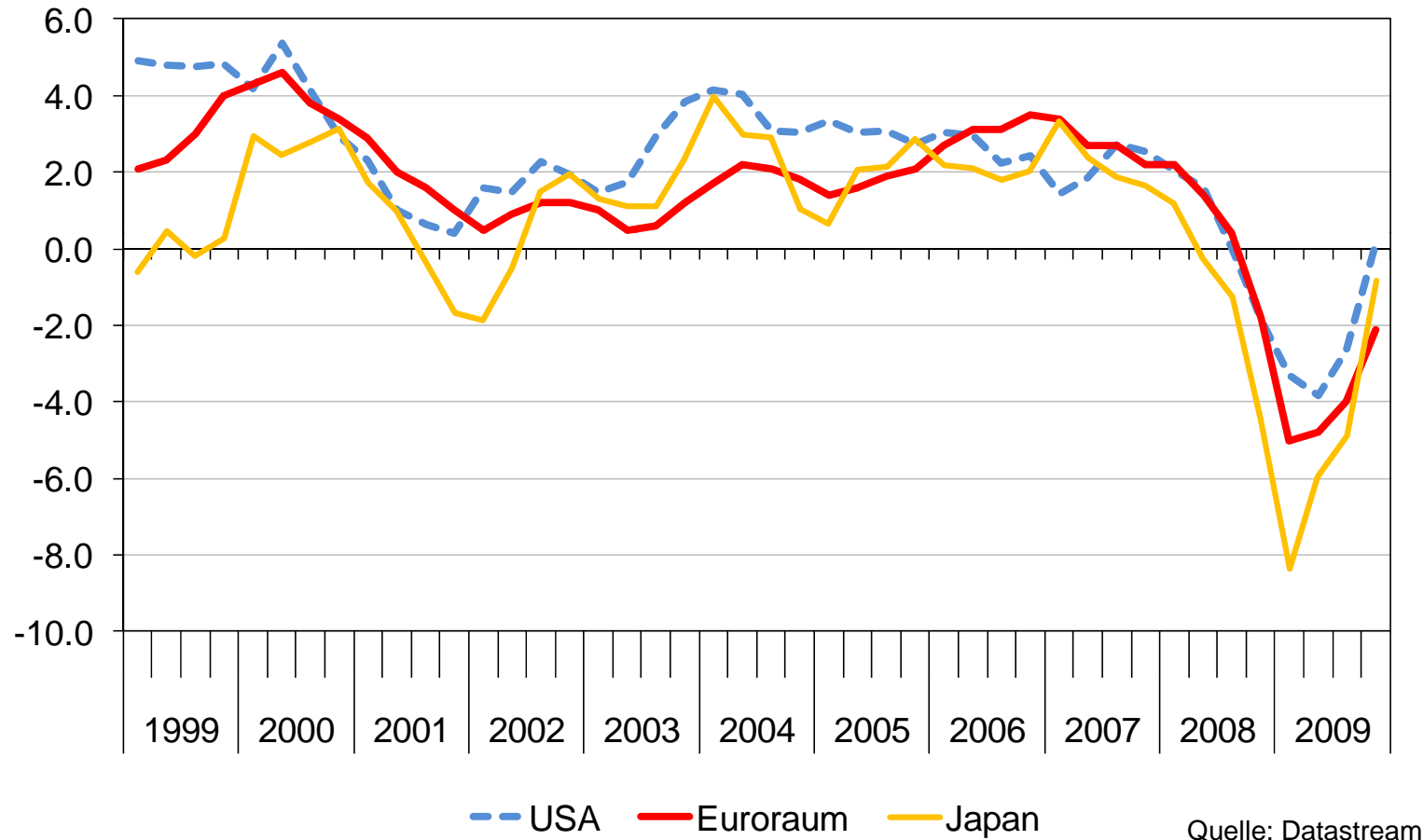
Die Schweiz in einem zusammenwachsenden Europa

EVD/SECO/DA - Serge Gaillard



Langsame Konjunkturerholung in der Eurozone

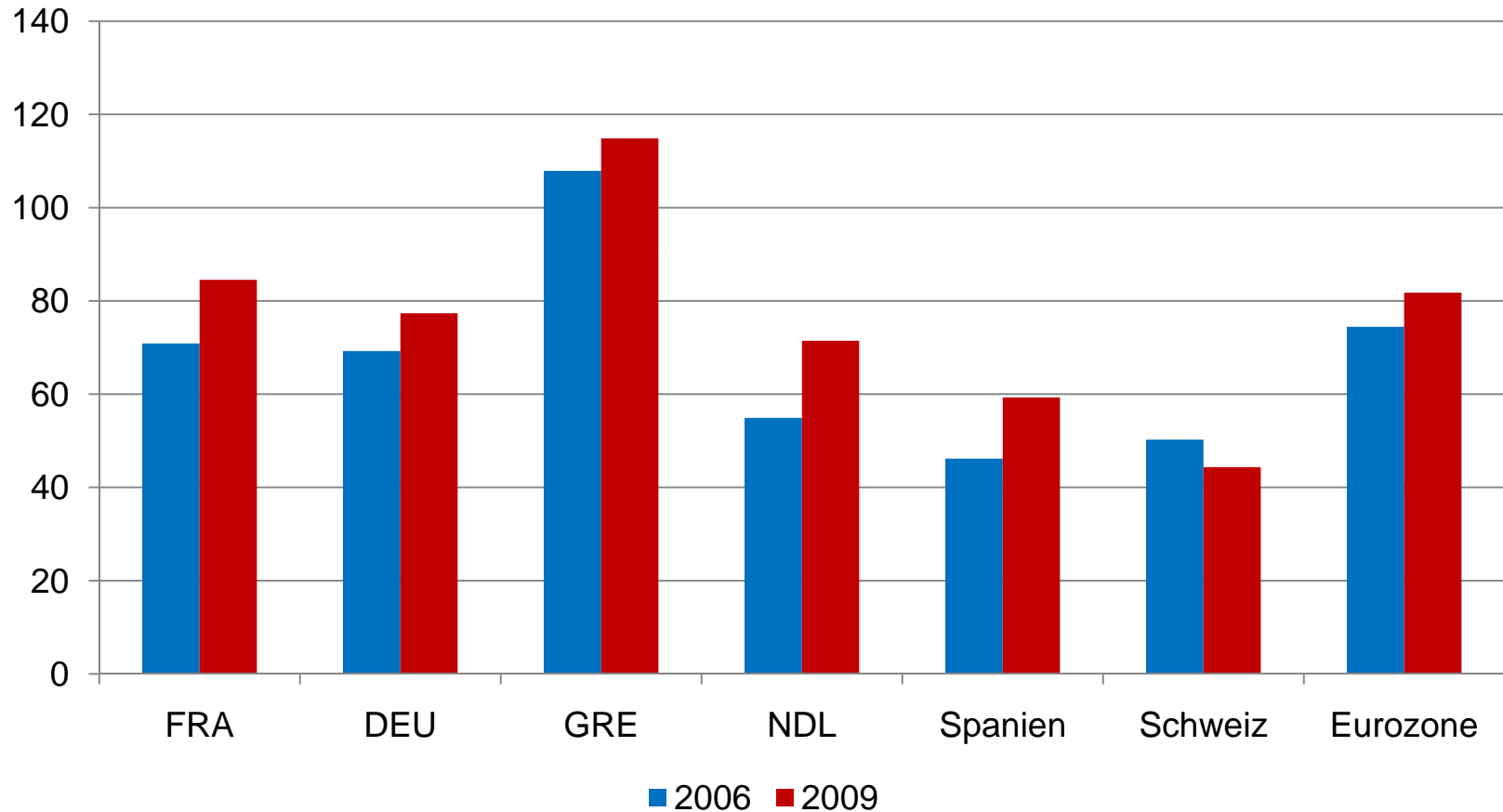
Veränderung des realen Bruttoinlandprodukts in Prozent gegenüber Vorjahresquartal





Schwierige Koordination der Wirtschaftspolitik in der Eurozone

Verschuldung in Prozent zum nominalen BIP

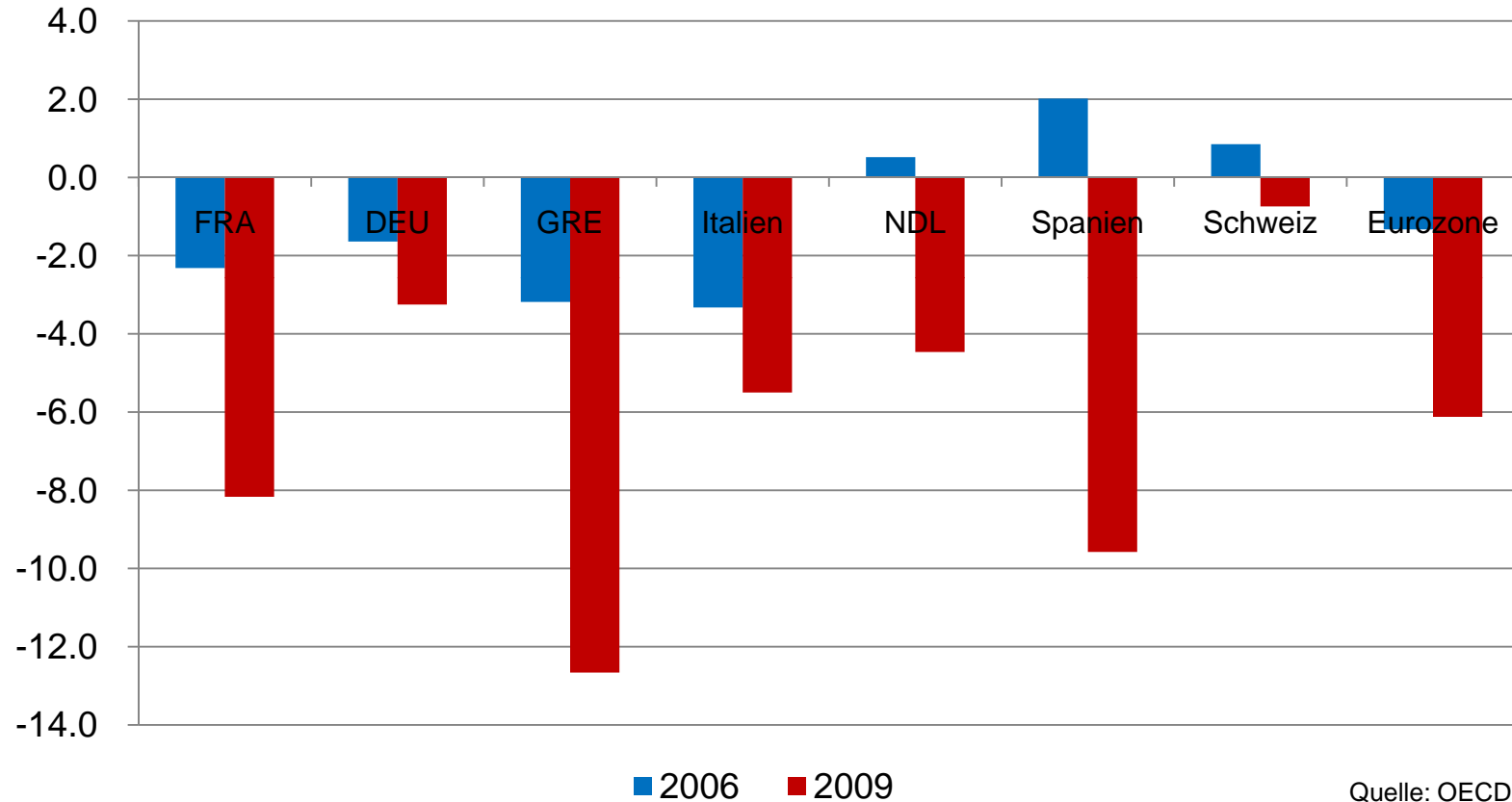


Quelle: OECD



Öffentliche Finanzen

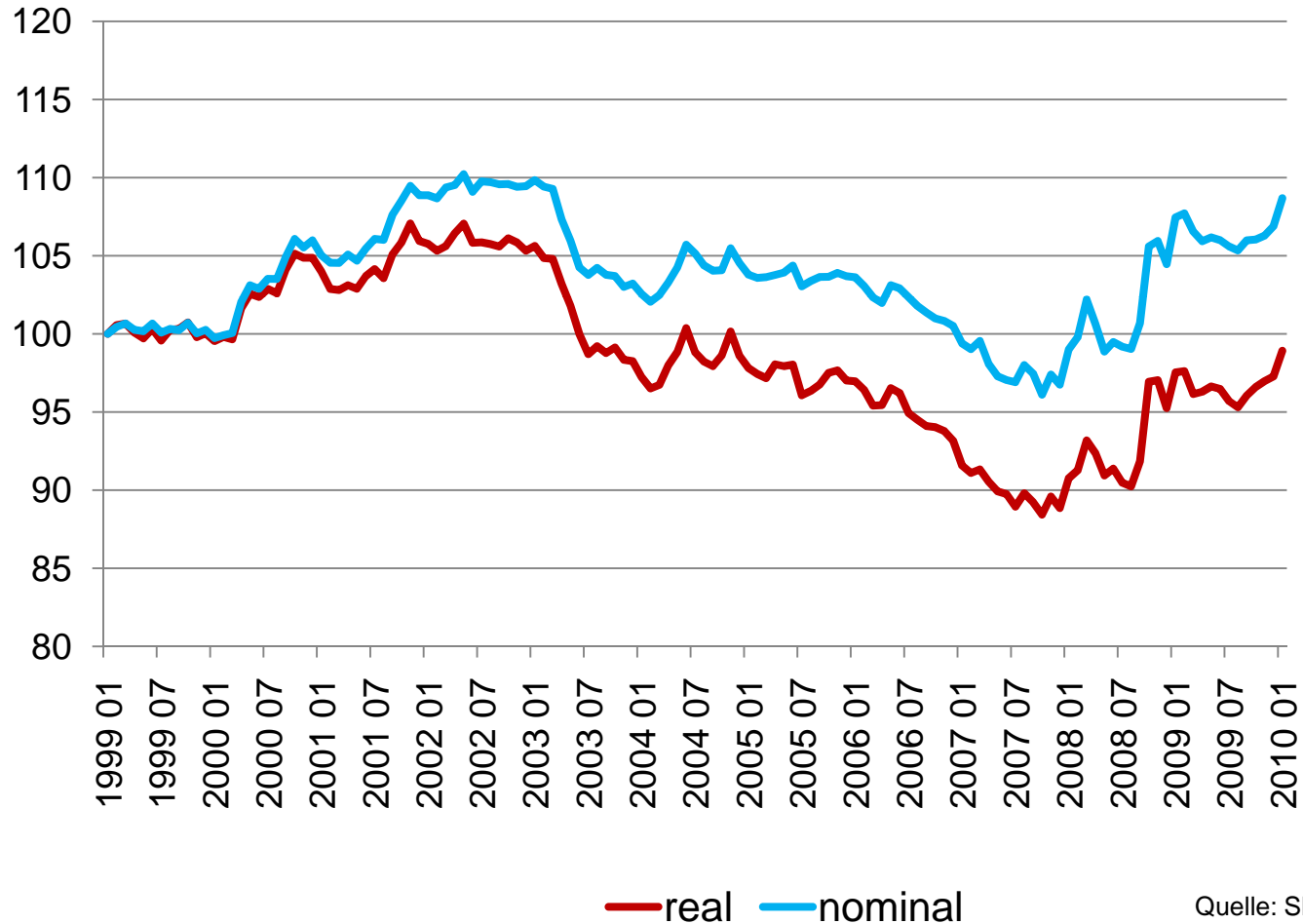
Überschüsse (+) / Defizite (-) in Prozent des nominalen BIP





Wechselkurse

Devisenkurse Schweiz – Euro nominell und real, 1999 = 100





Fazit 1: Stärken – Schwächen der Schweiz

- ✓ Kleinräumige und weltweit wettbewerbsfähige Wirtschaft – hohe Innovationstätigkeit
- ✓ Funktionierende Institutionen auf dem Arbeitsmarkt (Sozialpartnerschaft, tiefe Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsmarktpartizipation)
- ✓ Gutes Ausbildungssystem
- ✓ Gute Infrastruktur
- ✓ Hohe Lebensqualität und politische Stabilität

- Hohes Preisniveau (Landwirtschaft, Gesundheitswesen)
- Verminderte politische Problemlösungsfähigkeit (Finanzierung IV, Kosten im Gesundheitswesen)
- Handlungsspielraum der Schweiz wird zunehmend enger



Fazit 2: Worauf achten in der Wirtschaftspolitik?

1. Überwindung der Krise

- Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone entscheidend
- Aufgepasst auf Wechselkurs des Euro
- Aufgepasst auf Entwicklung der inländischen Nachfrage in der Schweiz
- Arbeitsmarkt: trotz Besserung zu früh für Entwarnung

2. Langfristig: Chance für die Schweiz eine stark wachsende Region inmitten Europas zu werden

- Infrastrukturpolitik
- Energieversorgung

3. Als Nichtmitglied brauchen wir gute Beziehungen zu EU-Staaten und wenn nötig rasche Problemlösungsfähigkeit der Politik



Fazit 3: Worauf achten in der Wirtschaftspolitik?

- Wirtschaftlich gesehen bilden wir mit der EU eine Schicksalsgemeinschaft – der Integrationsprozess ist eine Tatsache
- Lösen die EU-Staaten ihre wirtschaftlichen Probleme gut, profitieren wir davon (das Umgekehrte gilt auch, wobei wir einen gewissen Spielraum für Korrekturen haben)
- Die EU-Staaten sind unsere wichtigsten Partner, wenn Probleme auf internationaler Ebene gelöst werden müssen.
- Es ist schwierig zu sagen, ob wir unsere nationalen Interessen besser ausserhalb oder in der EU wahren können.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.